

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1883

278 (23.11.1883)

Beilage zu Nr. 278 der Karlsruher Zeitung.

Freitag, 23. November 1883.

Badischer Landtag.

Vortrag

des Präsidenten des Finanzministeriums bei Vorlage des Budgets für die Jahre 1884 und 1885.

Im Allerhöchsten Auftrag Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs beehre ich mich, Ihnen den Entwurf des Budgets der allgemeinen Staatsverwaltung für die Jahre 1884 und 1885 zur Prüfung und Zustimmung vorzulegen.

In der äußeren Anordnung schließt sich diese Vorlage an jene für die letzten Budgetperioden an, namentlich enthält dieselbe einen nach den Ergebnissen des Voranschlags aufgestellten Entwurf des Finanzgesetzes nebst Begründung und als Beilagen zu diesem Entwurf den Haushalts-etat für die allgemeine Staatsverwaltung, den Voranschlag des umlaufenden Betriebsfonds für die nächste Budgetperiode, die Nachweisung über die Restbeträge von außerordentlichen Krediten nach dem Stand zu Anfang dieses Jahres, einschließlich der erst im Laufe dieses Jahres bewilligten Administrativkredite, sodann die Zusammenstellung der Spezial-etats für die ausgeschiedenen Verwaltungszweige, soweit dieselben bis jetzt gefertigt sind, und den Voranschlag des umlaufenden Betriebsfonds für die verschiedenen Zweige der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung und die Bodensee-Dampfschiffahrt.

Bei der Fertigung dieser Vorlagen für die Budgetperiode 1884/85 waren erstmals diejenigen Vorschriften zu beachten, welche nach dieser Richtung in dem auf dem vorigen Landtag von Ihnen genehmigten Gesetz über den Staatsvoranschlag und die Verwaltung der Staatseinnahmen und Ausgaben, dem sogen. Etatsgesetz enthalten sind. Theilweise allerdings ist durch das Etatsgesetz nur dasjenige gesetzlich festgestellt worden, was schon bisher auf Grund längerer oder kürzerer Uebung als die geltende Praxis angesehen werden konnte; daneben aber hat das Etatsgesetz auch einige neue Vorschriften gebracht: so über die Ergänzung der in dem Voranschlag angeforderten Zuschüsse für Staats-, Gemeinde- und Corporationsanstalten durch einen Nachweis über die finanzielle Lage der betreffenden Anstalten, ferner über die Gewährung von Dienstwohnungen an Staatsdiener, über die Höhe des Wohnungsgeld-Zuschusses für Inhaber von Dienstwohnungen, über die Ordnung des Remunerationswesens. Allen diesen Vorschriften war bei Aufstellung des Budgets Beachtung zu schenken. Was insbesondere das Remunerationswesen anbelangt, so ist die Groß-Regierung darauf bedacht gewesen, für die nächste Budgetperiode eine solche Ordnung dieses Ausgabezweiges vorzuschlagen, welche sich formell an die neuen Normen des Etatsgesetzes anschließt und in der Sache die Möglichkeit gewährt, für die Mehrzahl der beteiligten Staatsbediensteten die bis dahin gewohnte Ergänzung der ständigen Dienstbezüge ohne Gefährdung der finanziellen Interessen der Staatsverwaltung fortbestehen zu lassen; von Ihrer wohlwollenden Würdigung der Verhältnisse darf ich hoffen, daß Sie diesem Voranschlag, den Sie in der Begründung des Finanzgesetzes des Näheren erläutern werden, Ihre Zustimmung nicht versagen werden.

Bevor ich zum materiellen Theil meines Vortrags übergehe, möchte ich noch eines Gesetzesentwurfes kurz gedenken, welcher einen Gegenstand Ihrer ersten Beratungen bilden wird; derselbe bezweckt, eine in der Billigkeit liegende Aenderung des Gesetzes vom 9. Januar 1874 über die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen herbeizuführen, dahin gehend, daß die Orte Konstanz und Rehl in eine höhere als die jetzt festgesetzte Klasse eingereiht werden; auf die hierdurch bei mehreren Budgettiteln entstehende, im Ganzen nicht sehr erhebliche Steigerung des Bedarfs ist in einer allgemeinen Vorbemerkung zu dem gedruckten Budgetentwurf hingewiesen.

In welchem Maße einige andere Gesetzesvorlagen, im Fall ihrer Genehmigung, das Ergebnis des Staatshaushaltes beeinflussen werden, werde ich im weiteren Verlauf meiner Darlegung geeigneten Orts zu erwähnen haben.

Die speziellen Auseinandersetzungen kann ich mit der erfreulichen Mittheilung einleiten, daß der Abschluß des Budgets als ein günstiger zu bezeichnen und daß es nur dem Eintritt der Ihnen bekannten Elementarereignisse des vergangenen Winters zuzuschreiben ist, wenn die zwar langsame, aber fortschreitende Besserung der Lage unseres Staatshaushaltes nicht auch unmittelbar in den Ziffern des Finanzgesetzes so deutlich zum Ausdruck kommt, als dies unter anderen Umständen der Fall gewesen wäre.

Dies vorausgeschickt, gestatte ich mir, der bisherigen Uebung folgend, Ihnen in Nachfolgenden eine Uebersicht über die einzelnen Theile des Budgets der allgemeinen Staatsverwaltung zu geben und schließlich darzulegen, wie hiernach der Staatshaushalt sich in der kommenden Budgetperiode voraussichtlich gestalten wird.

I. Ausgabe.

Nach dem Gesetz vom 29. April 1882 über den Staatshaushaltsetat für die Jahre 1882 und 1883 beträgt die Summe der ordentlichen Ausgaben für das Jahr 1883 38,706,344 M.

Nach der den Spezialbudgets am Schluß beigefügten Hauptübersicht der anerkannten Ausgaben und Einnahmen

Uebertrag 38,706,344 M.
der allgemeinen Staatsverwaltung (VI. Abtheilung des dritten Beilagenheftes Seite 8) werden für die Jahre 1884 und 1885 im ordentlichen Etat durchschnittlich für ein Jahr angefordert . . . 38,915,088 M.
sodann mehr 208,744 M.
Es beträgt nämlich die Anforderung mehr:
beim Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts . . . 174,567 M.
beim Ministerium des Innern . . . 335,445 M.
beim Finanzministerium . . . 474,866 M.
zusammen 984,878 M.

dagegen weniger:
beim Staatsministerium . . . 768,851 M.
bei der Oberrechnungskammer . . . 7,283 M.
zusammen . . . 776,134 M.
sonach im Ganzen mehr . . . 208,744 M.

Der auf 174,567 M. berechnete Mehraufwand bei den Verwaltungszweigen des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts setzt sich zusammen aus einem Mehraufwand von . . . 240,672 M. und einem Minderaufwand von . . . 66,105 M.

Zu dem ersteren tragen namentlich bei die Anforderungen für Besoldungen und Gehalte bei dem Ministerium selbst, dem Oberlandesgericht, den Landgerichten und der Staatsanwaltschaft mit gegen . . . 35,000 M. ferne Mehrausgaben für die Rechtspflege im Allgemeinen . . . 52,950 M.

namentlich von dem höher veranschlagten Gefälligverlust herrührend, sodann für den Kultus mit . . . 36,433 M. für das Unterrichtswesen . . . 96,181 M. darunter für erhöhte Zuschüsse zu dem Bedarf der Hochschulen 29,696 M., der Mittelschulen 44,512 M., der Volksschulen 12,140 M.

Ein Minderaufwand wird erwartet bei den Amtsgerichten im Betrag von . . . 26,655 M. derselbe ist, trotz erhöhter Anforderung für die Besoldungen der Amtsrichter und die Gehalte der Angestellten, durch geringere Veranschlagung der Gebührenanteile der Notare und der verschiedenen Ausgaben ermöglicht; außerdem bei den Strafanstalten in Folge Einschränkung des Arbeitsbetriebs mit . . . 39,450 M.

Der Mehraufwand von . . . 335,445 M. bei dem Ministerium des Innern ist durch einen Mehraufwand von . . . 348,811 M. und einen Minderaufwand von . . . 13,366 M. entstanden; der letztere hat vorzugsweise in Personalverminderungen bei dem Verwaltungsgerichtshof und dem General-Landesarchiv seinen Grund.

Unter den Positionen, welche einen Mehraufwand verursachen, sind zu erwähnen zunächst das Ministerium selbst mit . . . 6,451 M. zufolge erhöhter Anforderung für Besoldungen und Gehalte; ferner die Bezirksverwaltung und Polizei mit . . . 196,222 M. wovon ein kleinerer Theil auf mehrfache Erhöhung von Dienstbezügen entfällt, während ein Betrag von 152,759 M. erforderlich ist, um nach der Absicht eines Ihnen vorzulegenden Gesetzesentwurfes den Kreisverbänden die Bestreitung der Kosten für Landarmen-Pflege durch Gewährung ausreichender Baufsummen zu erleichtern;

sodann die allgemeine Sicherheitspolizei mit 25,183 M. zufolge einer für nöthig erkannten Aufbesserung der Gehalte und Kommandozulagen der Gendarmereibediensteten; die Heil- und Pflegeanstalten Porzheim und Alenau mit . . . 50,686 M. zur Beförderung von Gewerbe und Landwirtschaft 22,496 M. endlich die Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues mit einer Mehrauforderung von . . . 39,909 M.

Bei den Etats des Finanzministeriums ist ein Mehraufwand von im Ganzen . . . 474,866 M. in Aussicht genommen, welcher sich aus einem Mehraufwand von . . . 490,554 M. und einem Minderaufwand von . . . 15,688 M. zusammensetzt; der letztere ist wesentlich durch eine Personalverminderung bei dem Ministerium und durch Verminderung der Ausgaben bei der Salinen- und der Münzverwaltung veranlaßt.

Der erwähnte Mehraufwand ist speziell bei der Domänenverwaltung auf 67,321 M. veranschlagt und hier auf den steigenden Geldwerth der Pfarr- und Schulkompetenzen sowie auf eine vorgeschlagene Verbesserung der Dienstbezüge der Oberförster und der Bezirksforstgehilfen zurückzuführen. Bei der Steuerverwaltung wird, namentlich zufolge erhöhter Rechnungsdurchschnitte für Abgang und Rückersatz an direkten und indirekten Steuern, eine Mehrausgabe von 87,096 M. erwartet, bei der Zollverwaltung eine solche von 166,303 M., verursacht durch die in erhöhten Einnahmen aus der Reichskasse ihre Deckung findende Aufbesserung mehrerer Kategorien von Beamten und Angestellten. Ferner ist, und zwar vorwiegend wegen vermehrten Abgangs von Aktivresten, bei der allgemeinen Kassenverwaltung eine Steigerung der Ausgabe um 39,763 M. und bei dem Pensionsetat eine solche von 124,327 M. vorgesehen, welche letztere in der Hauptsache durch die in Aussicht genommene staatliche Fürsorge

für die Hinterbliebenen der nicht mit Staatsdiener-Eigenschaft angestellten Beamten verursacht wird.

Bei dem Staatsministerium wird, wie ich bereits erwähnt habe, eine Verminderung der Ausgabe um 768,851 M. angenommen. Veranlaßt ist dieselbe wesentlich durch einen Minderaufwand von 49,224 M. für Apanagen und durch eine vermuthete Ermäßigung der Matrikularbeiträge um 7,20,450 M.

Auch die Oberrechnungskammer erfordert einen um 7,283 M. geringeren Aufwand, da in Folge der von Ihnen auf dem vorigen Landtag gegebenen Anregung die Zahl der Kollegialstellen künftig eine geringere sein soll als in dem Gesetz über die Organisation dieser Behörde angenommen ist, worüber Ihnen eine Gesetzesvorlage alsbald zugehen wird.

Von den außerordentlichen Ausgaben (abgesehen von jenen, welche inhaltlich der Beilage Nr. 3 zu dem Entwurf des Finanzgesetzes auf Grund bereits bewilligter Kredite zu vollziehen sind) entfallen auf das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts . . . 2,031,917 M. das Ministerium des Innern . . . 4,068,240 M. das Finanzministerium . . . 123,000 M.

Von dem Gesamtbetrag mit . . . 6,223,157 M. sind die außerordentlichen Einnahmen bei dem Ministerium des Innern mit . . . 275,341 M. und bei dem Finanzministerium mit . . . 228,000 M. zusammen . . . 503,341 M.

in Abzug zu bringen, so daß sich hiernach im außerordentlichen Etat eine neue Anforderung von . . . 5,719,816 M. ergibt.

Der außerordentliche Aufwand bei dem Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts ist zu einem geringen Theil, nämlich mit 87,500 M. zu Herstellungen an Gerichtsgebäuden bestimmt, ein Betrag von 116,200 M. ist für Gefängnisbauten erforderlich, zur Aufbesserung gering besoldeter Kirchendiener sind 812,000 M. vorgesehen und der Rest, etwa die Hälfte der ganzen Anforderung in dieser Budgetabtheilung, betrifft das Unterrichtswesen, und zwar die drei Hochschulen mit zusammen 664,217 M., die mittleren und Volksschulen mit 352,000 M.

Im Etat des Ministeriums des Innern erwähne ich von den außerordentlichen Ausgaben zunächst die in der Summe bedeutendste bei den Verwaltungszweigen der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues mit 2,227,820 M., wovon allein auf Wiederherstellung der Hochwasserschäden des vorigen Jahres 1,038,171 M. und auf die damit zusammenhängende Verstärkung der Rheindämme 500,000 M. entfallen; ferner werden Sie wie bei dem letzten Budget eine Anforderung von 10,000 M. finden, mit welcher den im Winter 1879/80 durch Frostschaden betroffenen Landwirthen der Bezug von Obstbäumen erleichtert werden soll. Eine Summe von etwa 400,000 M. würde erforderlich sein, um im Fall der Genehmigung des Ihnen vorzulegenden bezüglichen Gesetzes die Restschuldigkeit der Staatskasse an die Kreisverbände wegen der Kosten der Landarmen-Pflege zu begleichen, auch ist die für die laufende Budgetperiode von Ihnen bewilligte Summe von 140,000 Mark zur Unterstützung unbemittelter Gemeinden bei der Herstellung von Gemeinbewegen in gleichem Betrag wieder in den Vorschlag eingestellt. Außerdem wird, von einigen kleineren Posten abgesehen, Ihre Genehmigung zur Errichtung einer Fren-Heil- und Pflegeanstalt mit Ackerbau-Kolonie nachgesucht werden, für welche in der nächsten Budgetperiode eine erste Rate von 1,250,000 M. verwendet werden soll.

Die außerordentlichen Einnahmen im Etat des Ministeriums des Innern bestehen, indem die Dammbau-Beiträge sämmtlich auf den ordentlichen Etat übernommen sind, in der Hauptsache, nämlich mit 250,351 M. in den Straßenbau-Beiträgen der Gemeinden und Kreisverbände. Auf dem außerordentlichen Etat des Finanzministeriums erscheint, neben einem in Ausgabe und Einnahme durchlaufenden Posten von 123,000 M. an Aufwendungen zu Lasten des Domänen-Grundstocks, nur ein Einnahmebetrag von 105,000 M. als Ersatz aus der Reichskasse für die von uns seiner Zeit nachgewiesenen Kasernenbau-Kosten.

II. Einnahme.

Die ordentlichen Einnahmen sind nach dem Finanzgesetz vom 29. April 1882 für das Jahr 1883 auf . . . 40,196,612 M. veranschlagt.

Das neue Budget weist nach dem Durchschnitt für die Jahre 1884 und 1885 eine Jahreseinnahme von . . . 41,076,265 M. nach, somit mehr . . . 879,653 M.

Diese Mehreinnahme vertheilt sich auf fast sämmtliche Budgetabtheilungen, und zwar auf das Staatsministerium mit . . . 282,740 M. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts mit . . . 126,559 M. Ministerium des Innern mit . . . 282,650 M. Finanzministerium mit . . . 187,704 M.

Beim Staatsministerium setzt sich die erwähnte Mehreinnahme zusammen aus einem höheren Antheil am Ertrag

der Zölle und der Tabaksteuer von 287,980 M. und einer Abnahme des Antheils am Ertragniß der Reichs-Stempelabgabe um 5,240 M.; wird berücksichtigt, daß nach meiner obigen Darstellung die von uns zu leistenden Matrifularbeiträge sich voraussichtlich um 720,450 M. im Durchschnitt ermäßigen werden, so ergibt sich aus unseren Beziehungen zum Reich eine Besserung um jährlich etwas über eine Million gegenüber der Annahme für das Jahr 1883.

Die Mehreinnahme bei dem Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts setzt sich im Wesentlichen zusammen aus einer Steigerung der Einnahmen bei der Justizverwaltung im Allgemeinen, im Betrag von 138,770 Mark, herrührend von dem erhöhten Rechnungsergebniß an Ersatz für Untersuchungs- und Straferhebungs-Kosten, und einem Ausfall von 13,611 M. bei den Strafanstalten zufolge Einschränkung des Arbeitsbetriebs.

Die beim Ministerium des Innern auf 282,650 M. veranschlagte Mehreinnahme ist, abgesehen von minderbedeutenden Posten, auf höhere Einnahmen der Heil- und Pflanzanstalten Pforzheim und Jllena u mit zusammen 49,307 M. und bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues mit 212,191 M. zurückzuführen.

Im Ressort des Finanzministeriums setzt sich die Mehreinnahme von 187,704 M. aus einer Erhöhung der Voranschläge bei mehreren Titeln um im Ganzen 316,905 M. und andererseits einer Ermäßigung von im Ganzen 129,201 M.

Günstiger schließen ab die Zollverwaltung um 262,753 M. namentlich wegen anderweitiger Festsetzung des vom Reich zu leistenden Ersatzes der Kosten der Grenz Zoll-Verwaltung, sowie die allgemeine Kassenverwaltung um 54,152 M. zufolge einer erwarteten Steigerung des Ersatzes der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung für die aus der General-Staatskasse bezahlten Pensionen.

Ungünstiger schließen ab die Domänenverwaltung um 65,723 M. hauptsächlich zufolge der fortdauernden Verminderung des durchschnittlichen Erlöses aus Holz, ferner die Steuerverwaltung mit 26,331 M.

Diese Mindereinnahme wird jedoch gebildet durch Mehreinnahmen aus direkten Steuern (namentlich Erwerb- und Kapitalrenten-Steuer) mit 378,578 M.

Indirekten Steuern (wegen Zunahme der Biersteuer, Schlachtvieh-Accise und Viegenachts-, Schenkungs- und Erbschaftsaccise um zus. 338,703 M., unter Abnahme der Wein- und Branntweinsteuer um 307,723 Mark) mit 30,980 M. und verschied. Einnahmen mit 30,682 M.

zusammen 440,240 M. und Ausfällen bei den Justiz- und Polizeigefällen mit 451,526 M. und den Fortgerichts-Gefällen mit 15,045 M. zusammen 466,571 M.

Weiter ergibt auch die Salinenverwaltung eine Mindereinnahme von 34,895 M. und die Münzverwaltung eine solche von 2,252 M. zusammen wieder 129,201 M.

Wenn hiernach der Abschluß der einzelnen Titel im Budget des Finanzministeriums im Ganzen genommen auch kein ungünstiges Ergebnis aufweist, da insbesondere die Zu- und Abnahmen bei den verschiedenen Steuergattungen sich so ziemlich die Waage halten, so darf ich doch annehmen, daß die fortschreitende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in einer nicht ferneren Zukunft eine noch günstigere Gestaltung dieses Budgets zur Folge haben wird.

III. Gesamtresultat des Voranschlags.

Wenn ich, um Ihnen einen Ueberblick über das Gesamtresultat des Voranschlags zu ermöglichen, zunächst die Zahlen des ordentlichen Etats der Budgetperiode 1884/85 in Betracht ziehe, so zeigt sich die erfreuliche Thatsache, daß dieser Etat, ungeachtet beträchtlicher Anforderungen in den verschiedenen Abtheilungen des Budgets, doch noch etwas günstiger abschließt, als für die Jahre 1882 und 1883 durch das Finanzgesetz für diese Periode in Aussicht genommen ist. Wie Sie nämlich aus dem Vorgetragenen ersehen haben, wird in dem ordentlichen Etat der neuen Periode ein Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben im Betrag von jährlich 2,161,177 M. erwartet, während für die Jahre 1882 und 1883 nur ein solcher von 1,709,653 M.

jährlich vorausgesetzt war, so daß sich zu Gunsten der kommenden Periode eine Steigerung dieses Ueberschusses um 451,524 M. oder für beide Jahre um 903,047 M. konstatiren läßt.

Durch das Anwachsen des außerordentlichen Aufwandes bis zur Höhe von 5,719,816 M., auf dessen einzelne Veranlassungen ich bereits hingewiesen habe, wird allerdings bewirkt, daß die gesammten Ausgaben mit im Ganzen 84,053,333 M. die Summe der laufenden Einnahmen mit zusammen 82,655,871 M. übersteigen. Zur Bilanzirung steht jedoch die Summe von 1,397,462 M. aus Mitteln des Betriebsfonds zur Verfügung und werden solche in erster Reihe zu verwenden sein.

Außerdem kann den im Betriebsfond angeammelten Ueberschüssen noch ein erheblicher Theil der Mittel entnommen werden, welche zur Deckung von Krediten aus der vorhergehenden und der laufenden Budgetperiode vorzusehen sind. Für solche Restkredite ist im Ganzen ein Betrag von 3,445,073 M.

(wovon allein 1,830,000 M. an Administrativkrediten des Jahres 1883 aus Anlaß der Hochwasserchäden) oder nach Abzug des budgetmäßigen Einnahmeüberschusses im ordentlichen Etat des Jahres 1883 mit 1,490,268 M.

noch ein solcher von restlich 1,954,805 M. vorzubehalten. Wie Sie aus der Begründung zum Entwurf des Finanzgesetzes ersehen werden, kann dem Betriebsfond zur Deckung der aufrecht erhaltenen Kredite eine Summe von 1,503,587 M.

entnommen werden, so daß nur für den Rest ein außerordentlicher Zuschuß in dem mäßigen Betrag von 451,218 M. bei der Amortisationskasse erhoben werden muß.

Angesichts der ungewöhnlichen Höhe des diesmaligen außerordentlichen Budgets und im Hinblick auf die, wie üblich, vorsichtige Veranschlagung der ordentlichen Staatseinnahmen bietet der Abschluß des Budgets, wie schon

hervorgehoben, das Bild eines in günstiger Entwicklung begriffenen Staatshaushaltes.

Lassen Sie mich mit dem Wunsche schließen, daß der Friede, dessen sich der Welttheil erfreut und dessen Sicherung die selbstgewählte und dankbarste Aufgabe der Politik des Deutschen Reiches bildet, erhalten bleibe, daß er eine wiederbeginnende Periode lohnender Arbeit, zunehmenden Wohlstandes und friedlichen Vertragens auch widerstreitender wirtschaftlicher Interessen begleiten möchte.

Vermischte Nachrichten.

Koblenz, 21. Nov. (Durch eine Feuersbrunst) sind Vormittags die Jesuitenkirche und das anstoßende Gymnasium sehr beschädigt worden. Von der Kirche ist Thurm und Dachstuhl zerstört; das Innere hat stark gelitten. Vom Gymnasium ist der Dachstuhl und das zweite Stockwerk des südlichen Flügels abgebrannt. Nach mehrstündigem Wüthen des Feuers wurde man desselben Herr.

Wetz, 19. Nov. (Ueberfall.) In der Nacht vom 14. zum 15. d. M. wurde der Wachposten auf dem Bionier-Exerzierplatz vor dem Stadellenthore durch drei Stralbe von rückwärts angefallen, mit einem Steine in's Gesicht geschlagen, so daß der Soldat ohnmächtig zusammenfiel, und derselbe dann in das Wasser des nahen Wallgrabens geworfen. Das Wasser war an dieser Stelle nicht tief und es gelang dem Manne bald mit Mühe, aus dem Graben heraus und bis in die Nähe des Bachlaufes zu gelangen, wo er hilferufend zusammenbrach. Hier wurde er gleich von den übrigen Wachmannschaft gefunden und nach der Kaserne verbracht; gegenwärtig befindet er sich im Militärhospital in ärztlicher Behandlung, trotzdem seine Verletzung als eine schwere gerade nicht bezeichnet wird. Wie es heißt, hätten die Angreifer bessere Kleidung getragen, als dies bei gewöhnlichen Leuten der Fall zu sein pflegt; die Nachforschungen nach denselben sind in vollem Gange. Einstweilen hat die Militärbehörde angeordnet, daß alle außerhalb der Stadt lebenden Schilddiener mit geladenem Gewehr auf Posten stehen sollen; man begrüßt diese Maßregel auch in Bürgerkreisen mit Befriedigung, da es besonders hier in der Grenzfestung für nöthig gehalten wird, daß vor den für die öffentliche Sicherheit verantwortlichen Schilddienern der nöthige Respekt vorhanden ist.

(Die Eichhörchen) sind in diesem Spätjahre in den Waldungen des Murathals sowie auch in den Baumgärten in auffallend großer Zahl aufgetreten und wurde durch dieselben das Ertragniß der Nußbäume da und dort bedeutend geschmälert. In vielen Fällen mußte diesen sonst so nützlichen Thierchen förmlich der Krieg erklärt werden und dudenweise wurden dieselben von den Nußbäumen geschossen. Das Fleisch der Eichhörchen ist essbar und soll bei richtiger Zubereitung sehr gut schmecken. Nachdem die Nüsse geerntet, ziehen sich die Eichhörchen wieder in die Waldungen zurück - die Verfolgung derselben hört nun auch wieder auf. - Doch auch die Hausvögel, auf denen die Nüsse zum Trodnen ausgelegt werden, sind einzelnen raubflüchtigen Vertretern des Geschlags-Geschlechtes nicht heilig, und so haben wir denn neulich, wie ein solches Räuberpaar sich einen bedeutenden Wintervorrath an Nüssen von einem Speicher geholt. Merkwürdig ist jedenfalls, wie diese Thierchen den Lagerraum der Nüsse ausfinden konnten - aber daß sie denselben gefunden, bleibt Thatsache. Bekanntlich legen die Eichhörchen Vorrathskammern an und heuer sind dieselben mit Nüssen jedenfalls reichlich besetzt. Mögen die Baumbesitzer diesen Thierchen ihre Vorräthe nicht weiden, denn es hat ja so viel gegeben, daß auch für die Eichhörchen etwas abfallen dürfte.

London, 21. Nov. (Schiffsunfall.) Nach einer Floß-Verletzung aus Fayaal vom 10. d. Mts. landete ein amerikanisches Schiff am 8. November in Fayaal 21 Personen von der französischen Brig „Roacabera“ (?), welche am 30. Oktober auf dem Wege von Saintpierre - Miquelon nach Saint Malo unter Segel gegangen ist, 28 Mann Besatzung und Passagiere sind ertrunken.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Handel und Verkehr.

Handelsberichte.

Mährische Grenzabn. Der f. J. ausgearbeitete Restcoupon pro 1. März 1880 gelangt jetzt laut Bekanntmachung des Kurators mit 1 fl. Destr. zur Auszahlung.

Vom Waarenmarkt. (Hess. Hg.) Auf einzelnen Gebieten stellte sich seit der Vormoche erhöhte Regsamkeit ein, die, von dem nahenden Schlusse der Schiffahrt unterstützt, ihre Entstehung doch vornehmlich den vermehrten Ansprüchen des nahen Bedarfs verdankt. Im Einklange mit der gesteigerten Nachfrage etablirten sich mäßige Werthbesserungen, doch traten auch gleichzeitig Preisabschwächungen hervor, die sich namentlich auf jenen Gebieten einstellen, auf welchen die Spekulation größere Thätigkeit entfaltet hatte.

Getreide hat die an einzelnen Märkten in der Vormoche, namentlich in den amerikanischen Weizennotirungen hervor getretene Preissteigerung dort nicht aufrecht erhalten. Die vielseitig angeführte Aufbesserung der Getreidepreise findet noch immer in den fast angekauften Vorräthen zu großen Widerstand, um solchen Bestrebungen nachhaltigen größeren Erfolg zu sichern, so lang die Konjunktur wie bisher kräftigere Mitwirkung noch verlangen.

Mehl fand gebesserten Abzug, der auch den ungarischen Mühlern lohnendere Beschäftigung gewährte. Kleesaten werden meist hoch im Preise gehalten.

Sopfen stand in belebtem Umsatze, in welchem die Notirungen nach anfänglichem mäßigem Rückgange schließlich wieder festere Haltung annahmen, wobei sich namentlich Mittelorten vortheilhaft auszeichneten. Tabak fand an allen Märkten bei fester Tendenz befriedigenden Abzug der dezinirten Sorten, deren Angebot indessen als weniger belangreich geschildert wird.

Kohlen wurden zu wenig veränderten Notirungen lebhaft umgefest. Metall erleitten nach anfänglicher Werthbesserung schließlich überwiegend erneuerten Rückgang.

Rlnn, 21. Nov. Weizen loco hiesiger 19.20, loco fremder 19.50, per Novbr. 18.20, per März 19.10. Roggen loco hiesiger 15.50, per Novbr. 13.60, per März 14.40. Rüböl loco mit Faß 36.-, per Mai. 34.60. Oafer loco hiesiger 14.50.

Bremen, 21. Nov. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Standard white loco 8.30, per Deabr. 8.30, per Jan. 8.45, per Febr. 8.55, per März 8.65. Fessl. Amerik. Schweineschmalz Wilcor (nicht verzollt) 42 1/2.

Wetz, 21. Nov. Weizen loco behauptet, per Frühj. 10.21 G.,

10.23 B. Oafer per Frühjahr 7.27 G., 7.30 B. Mais per Mai-Juni 6.57 G., 6.59 B. Rohlreis - Wetter: schön.

Paris, 21. Nov. Rüböl per Nov. 76.70, per Dez. 77.20, per Januar-April 77.70, per März-Juni 77.70. - Spiritus per Nov. 46.70, per Mai-Aug. 51.-. - Kuder, weißer, bisv. Nr. 3, per Nov. 55.80, per Jan.-April 57.20. - Weib, 9 Marken, per Nov. 58.30, per Dez. 54.50, per Jan.-April 55.60, per März-Juni 56.50. - Weizen per Nov. 24.50, per Dez. 25.-, per Jan.-April 25.80, per März-Juni 26.40. - Roggen per Nov. 15.50, per Dez. 15.50, per Jan.-April 16.20, per März-Juni 17.-. - Wetter: halbedelt.

Antwerpen, 21. Nov. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Stimmung: behauptet. Raffinirt. Type weiß, bisv. 21.

New York, 20. Nov. (Schlußbericht.) Petroleum in New-York 8 1/2, dto. in Philadelphia 8 1/2, 80l, Rother Winterweizen 1.11 1/2, Mais (old mixed) 60, Havana-Ruder 6 1/2, Kaffee, Rio good fair 12 1/2, Schmalz (Wilcor) 8 1/2, Ceed 7 1/2, Getreidetracht nach Liverpool 4 1/2, Baumwoll - Zufuhr 31,000 B., Ausfuhr nach Großbritannien 7000 B., dto. nach dem Continent 1000 B.

Frankfurter Börse vom 21. November 1883.

Table with multiple columns listing various securities, exchange rates, and market data. Includes entries for Staatspapiere, Eisenbahn-Aktien, and various bank notes.